

2. Landesdelegiertenrat

12. März 2010 in Halle (Saale)



Resolution: Ein Jahr vor der Wahl: Sachsen-Anhalt hat mehr verdient

Mit der höchsten Arbeitslosenzahl, der stärksten Abwanderungsquote und dem höchsten Altersdurchschnitt ist unser Land das Schlusslicht in vielen (über)lebenswichtigen Bereichen bundesweit. Die Landtagswahl am 20.3.2010 entscheidet darüber, ob es ein Weiter-So geben soll, bei dem zentrale Reformen verschlafen werden, oder ob das Land konsequent Stärken stärkt und Schwächen begegnet.

Sachsen-Anhalt hat das Zeug zum Musterland der erneuerbaren Energien. Bei der Windenergienutzung und industriellen Arbeitsplätzen ist das Land schon so weit. Diese Stärke ist allerdings weitgehend ohne das Zutun der Landesregierung gewachsen – maßgebend war das Erneuerbare Energien-Gesetz. Wir wollen diese Stärke ausbauen, wollen mehr Arbeitsplätze beim ökologischen Wirtschaften schaffen. Dazu gehört es, die Solarenergie stärker zu nutzen und damit neben der Solarindustrie auch das Solarhandwerk zu stärken. Wer mehr nachhaltige Jobs in Sachsen-Anhalt will, braucht grün im Landtag.

Wer etwas erreichen will, muss sich von Altem verabschieden können. Sachsen-Anhalt steckt aber zu tief in konservativem wirtschaftspolitischen Denken, will alte Strukturen bewahren. Dafür stehen die Nutzung der Braunkohle und der Bau neuer Kohlekraftwerke. Wer die Stromnetze mit Kohlestrom vollpumpt, stoppt den Ausbau erneuerbarer Energien; Der Jobmotor wird abgewürgt. Die beiden Kohleparteien CDU und SPD stehen für diese überholte Technik ohne jede Rücksicht auf den Klimaschutz. Die Linke sagt auf Landesebene das eine und tut im Burgenlandkreis das andere. Dabei braucht Sachsen-Anhalt den Strom aus neuen Kohlekraftwerken nicht, denn wir sind bereits heute Stromexportland. Wer Klimaschutz und Zukunftsenergien möchte, braucht grün im Landtag.

In der Bildung liegt die Zukunft Sachsen-Anhalts. Die Fähigkeiten von Schülerinnen und Schülern, aber auch fortgebildete und flexible Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden das Potential unseres Landes in 5, 10 und 30 Jahren prägen. Dies betrifft nicht nur die Wirtschaft sondern auch die Gestaltung von Demokratie. Aber unsere Schulen sind nicht gut genug und sie sind nicht gerecht. Durch das allzu frühe Aufteilen von Kindern auf Schulen und damit auf Bildungs- und Lebenschancen bestimmt allzu häufig der elterliche Hintergrund über die Chancen im Leben und nicht die Potentiale der Kinder. Darum müssen wir gerechter werden und dazu gehört

das längere gemeinsame Lernen. Und wir müssen besser werden. Zu viele verlassen die Schule ohne Abschluss, jeder 5. Ausbildungsvertrag wird gelöst, in der Lesekompetenz in der Sekundarstufe, der Grundlage allen Lernens, gehören wir zu den Schlusslichtern. Und bei vielen Kindern werden ihre besonderen Fähigkeiten nicht gefördert. Wir brauchen die bessere Schule, zu der längeres gemeinsames Lernen gehört, mehr Zeit zum Lernen in der Ganztagschule und eine andere Lernkultur, die die Kinder individuell fördert und fordert und so für alle SchülerInnen eine optimale Entwicklung ermöglicht. SPD, CDU, Linke und FDP haben dies jahrelang im Bildungskonvent vertagt – und scheitern. Wer die Bessere Schule will, braucht grün im Landtag.

Vertrauen in die Politik ist in Sachsen-Anhalt rar – dafür spricht auch die wegbrechende Wahlbeteiligung. Dies ist bei einer CDU, die sich von Skandalchen zu Skandalchen trägt ebenso wenig verwunderlich wie bei einer SPD, die ihren sozialen Markenkern aufgegeben hat, zuletzt mit der Gesundheitspolitik der großen Koalition und dem nun drohenden Zusatzbeitrag der Krankenversicherung. Auch wer, wie die FDP, seine Klientelinteressen so dreist vor den Interessen des Allgemeinwohls stellt, kann nicht gewählt werden. Es profitiert zurzeit die Linke, die vieles verspricht. Glaubwürdige Konzepte fehlen hier aber von Klimaschutz über die Haushaltspolitik, was viele in der Partei nervös macht, wie der Streit auf Bundesebene zeigt. Wer glaubwürdige, wenn auch zuweilen unbequeme Antworten hören will, braucht grün im Landtag. Mit unseren Inhalten wollen wir 2011 wieder in den Landtag einziehen.